



FDP | 25.03.2014 - 11:15

GroKo trägt Mitverantwortung an eskalierendem Arbeitskampf



Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen sind in ihre zweite Warnstreikwoche gestartet. Die rheinland-pfälzischen Liberalen sehen eine Mitverantwortung der Großen Koalition an dem eskalierenden Arbeitskampf. Mit ihren milliardenschweren Mehrausgaben hätten SPD und CDU/CSU das Signal gesendet, die Staatskassen seien üppig gefüllt und der Staat habe genug Geld zum Verteilen.

"Wenn die Gewerkschaften mit hohen Gehaltsforderungen antreten, dann auch, weil die Große Koalition den Eindruck erweckt hat, es sei Geld im Überfluss da", sagte der Vorsitzende der FDP Rheinland-Pfalz, Volker Wissing. Die Gewerkschaften fordern 3,5 Prozent mehr Geld und eine Erhöhung aller Gehälter um einen Sockelbetrag von 100 Euro.

Er äußerte Verständnis für die Forderungen der Gewerkschaften, schließlich hätten CDU/CSU und SPD nicht nur die Senkung des Rentenbeitrags verhindert, welche die Beschäftigten entlastet hätte, obendrein kassiere sie die Arbeitnehmer auch in steigendem Maße über die kalte Progression ab. "Die Streiks sind die verständliche Reaktion auf eine verfehlte Haushalts-, Finanz- und Sozialpolitik von CDU/CSU und SPD", sagte der FDP-Politiker.

Man könne nicht den Beschäftigten immer neue Lasten aufbürden und obendrein Lohnzurückhaltung erwarten. "Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die eigentlichen Opfer der Ausgabenpolitik von CDU/CSU und SPD", betonte der FDP-Finanzexperte. Mit dem Streik versuchten die Beschäftigten, sich den finanziellen Spielraum zurückzuerobern, den ihnen die Bundesregierung mit ihrer Politik der Abgaben- und heimlichen Steuererhöhungen nehme. "Die Streiks sind auch ein Stück Notwehr gegen einen immer tiefer in die Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hineingreifenden Staat",

sagte der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen Liberalen.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/groko-traegt-mitverantwortung-eskalierendem-arbeitskampf>